



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

| Gremium | am | TOP |
|--|------------|-----|
| Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales | 28.03.2011 | |
| Gesundheitsausschuss | 29.03.2011 | |
| Ausschuss Soziales und Senioren | 05.05.2011 | |

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Straßenstrich in Meschenich

Zu der Anfrage der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Köln vom 16.02.2011 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu Ziffer 1 der Anfrage:

1. Die Straßenprostitution in Meschenich gibt es seit etwa einem Jahr. Seit wann spitzt sich die Situation zu? Seit wann ist diese Zuspitzung der Polizei bekannt und wann wurde sie von der Verwaltung erkannt? Wie kommt es dazu, dass die Lage über lange Zeit von der Verwaltung nicht so eingeschätzt wurde wie von der Polizei, die schon seit längerem ein klares Bild von der Situation hat?

Straßenprostitution gibt es in Meschenich seit ca. einem Jahr. Eine Verschärfung der Problemlage ist seit Sommer 2010 zu beobachten. Die Situation wird von Beginn an von allen Beteiligten intensiv beobachtet. Seit Sommer 2010 gibt es auch eine gemeinsame Absprache zwischen Stadtverwaltung und Polizei einschließlich einer gemeinsamen genauen Beobachtung des Prostitutionsgeschehens. Es gab und gibt keine abweichende Einschätzung der Lage zwischen Stadtverwaltung und Polizei.

Zu Ziffer 2 der Anfrage:

2. Warum wurden die Hinweise von Einzelpersonen und des Vereins „Aktiv für Me-

schonisch“ die der Verwaltung seit Monaten bekannt sind, nicht ernst genommen? Warum hat die Stadt nicht zum Beispiel einen Runden Tisch eingerichtet, um gemeinsam mit Anwohnern und Hilfsdiensten Lösungswege zu finden?

Die Stadtverwaltung hat die Beschwerden der Bürger sehr ernst genommen und in die Bewertung der Lage mit einfließen lassen. Darüber hinaus war und ist die Problematik aus den unter Ziffer 1 geschilderten eigenen Beobachtungen von Stadtverwaltung und Polizei bekannt.

Die zunehmende Straßenprostitution ist darüber hinaus seit Sommer 2010 Thema im Kriminalpräventiven Rat im Stadtbezirk Rodenkirchen. Der Kriminalpräventive Rat hat das Thema engagiert begleitet. Dort wurde laufend berichtet und die Lage unter Leitung des Bezirksbürgermeisters mit dem Bürgeramtsleiter, Vertretern der betroffenen Fachämter, Streetworkern, Sozialarbeitern, Polizei und Vertretern der Fraktionen aus dem Stadtbezirk Rodenkirchen eingehend erörtert.

Im Herbst 2010 zeichnete sich ab, dass neben begleitenden Maßnahmen eine Sperrbezirksverordnung rechtlich begründet werden kann und erforderlich wird. Nach Gesprächen mit der für den Erlass einer Sperrbezirksverordnung zuständigen Bezirksregierung hat die Verwaltung eine Vorlage zur Beantragung der Erweiterung des Sperrbezirks im Kölner Süden erstellt, die dem Ausschuss zeitgleich vorliegt (0674/2010). Die im Beschlussvorschlag vorgetragenen Vorschläge sind im Kriminalpräventiven Rat jeweils intensiv diskutiert worden und werden einhellig unterstützt.

Zu Ziffer 3 der Anfrage:

Die Einrichtung eines Sperrbezirkes kann nur ein Element in einem umfassenden Bündel von Maßnahmen sein. Es bedarf eines sozialpolitischen Konzepts für Meschenich, das von städtischen Stellen, der Schulverwaltung, der Sozial- und Gesundheitsverwaltung und der Polizei entwickelt werden muss. Es muss schnell gehandelt werden, um den Schaden zu reparieren und zu begrenzen.

3. Gibt es Vorstellungen für ein solches Konzept oder dazu, wie ein solches Konzept erarbeitet werden könnte, bei der Verwaltung?

Aus Sicht der Gesundheitsverwaltung sollte das Beratungs- und Betreuungsangebot für Drogenkonsumentinnen und -konsumenten in Meschenich bedarfsgerecht gesichert und ggf. erweitert werden. Dabei ist besonders die Gruppe der Drogen konsumierenden Sexarbeiterinnen zu berücksichtigen. Hier sollte geprüft werden, ob das vorhandene Angebot den besonderen Schutzbedürfnissen der Frauen gerecht wird.

Bei den Frauen aus den neuen EU-Ländern (im Kölner Süden vor allem aus Bulgarien, Polen, Rumänien) ist der fehlende Zugang zu gesundheitlicher Versorgung das wichtigste Problem. Wie lange sie jeweils in diesem Prostitutionsbereich und in Köln leben und arbeiten, ist nicht bekannt. Einige leben auch mit Familienangehörigen in Deutschland, deren ärztliche Versorgung ebenfalls nicht gesichert ist. In der STD-Sprechstunde des Gesundheitsamtes werden jede Woche mehrere akut schwer kranke Patientinnen und Patienten aus diesen Ländern vorstellig. Ob bei den Sexarbeiterinnen aus den EU-Beitrittsländern, die im Kölner Süden angetroffen werden, über den Zugang zu ärztlicher Versorgung hinaus Beratungs- und Betreuungsbedarf besteht und wie dieser aussieht kann jedoch auf Basis der vorhandenen Daten nicht geklärt werden. Ebenso wenig ist bekannt, ob sich der Beratungsbedarf dieser speziellen Gruppe von der anderer Zuwanderer und Zuwanderinnen aus den neuen EU-Beitrittsländern unterscheidet. Um adäquate Maßnahmen einzuleiten, sollte eine Bedarfserhebung mit anerkannten wissenschaftlichen Methoden (im Sinne eines Rapid Assessment) durchgeführt werden. In diese sollten die Erfahrungen der

wichtigsten Beratungsstellen, die von dieser Gruppe aufgesucht werden (v. a. AGISRA; Diakonie Michaelshoven, Rom e. V., Caritas, Gesundheitsamt STD-Beratung), ebenso einfließen wie die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Lebenssituation im Herkunftsland. 53 hat am 15.2. eine Gesprächsrunde zur gesundheitlichen Versorgung von Menschen allgemein aus den neuen EU-Beitrittsländern mit den Beratungsstellen durchgeführt, um eine erste Situationsbeschreibung zu erstellen. Aus den Ergebnissen dieser Gesprächsrunde werden zurzeit Vorschläge für weitere Schritte erarbeitet.

Zu Ziffer 4 der Anfrage:

4. Wie wollen Verwaltung und Polizei den Sperrbezirk in Meschenich kontrollieren?

In vorbereitenden Gesprächen mit der Polizei wurde vereinbart, dass Kontrollen und die Durchsetzung des Sperrbezirkes durch das Amt für öffentliche Ordnung und die Polizei in gemeinsamer Abstimmung durchgeführt werden. Zur Bekanntmachung der neuen Regelung werden die in den betroffenen Sperrgebietsflächen angetroffenen Prostituierten vor Inkrafttreten mit mehrsprachigen Handzetteln zunächst über die Änderungen informiert. Nach dieser Informationsphase und dem Inkrafttreten werden Verstöße gegen die Sperrbezirksverordnung auch sanktioniert. Die Durchsetzung des Sperrbezirkes wird auch in der dem Ausschuss vorliegenden Vorlage der Verwaltung zur Erweiterung des Sperrbezirkes unter Ziffer 9 der Begründung dargelegt (0674/2011).

Die Anwohner und Bürger haben die Möglichkeit, Verstöße gegen die Sperrbezirksverordnung über die Hotline des Ordnungs- und Verkehrsdienstes 221-32000, zu melden. Daraufhin kann dann über die allgemeinen Kontrollen hinaus gezielt gehandelt werden.

Darüber hinaus werden derzeit noch weitere Strukturen entwickelt, die eine ständige Beobachtung des Bereichs ermöglichen.

gez. Kahlen